Die Oberbürgermeisterin

Niederschrift (Öffentlicher Teil)
Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 25.02.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:15 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal Haus Löwenstein, Haus Löwenstein

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Boris Linden	

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Hermann Josef Pilgram	
Dirk Szagunn	
Harald Baal	
Hans Leo Deumens	
Wilhelm Helg	
Dr. Margrethe Schmeer	Vertretung für: Hans Peter Kehr
Kaj Neumann	
Doris Kurschilgen	Vertretung für: Jöran Stettner
Stefan Auler	
Daniel Casper	
Ludger Eickholt	
Dr. Christiane Michulitz	
Claudia Plum	
Juliane Schlierkamp	

Schriftführung

Name	Bemerkung
Felix Born	

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Hans Peter Kehr	entschuldigt
Markus Mohr	entschuldigt

Name	Bemerkung
Jöran Stettner	entschuldigt
Sabine Göddenhenrich-Schirk	entschuldigt

Gäste:
Keine

Tagesordnung
Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses vom 03.12.2024: öffentlicher Teil	**FB 20/0335/WP18**
3	Mitteilungen und Berichte öffentlicher Teil	
3.1	Haushalt: Chancen und Risiken	
3.2	Umsetzungsstand der im Finanzausschuss getroffenen Beschlüsse	
4	Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen: Antrag zur Tagesordnung der Faktion Die Linke Unterlagen wurden als Tischvorlage nachgereicht.	**FB 22/0054/WP18**
5	Wirtschaftsplan Eurogress Aachen 2025	**E 88/0174/WP18**
6	Entwurf Wirtschaftsplan 2025 der Volkshochschule Aachen einschließlich mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2025 bis 2029	**E 42/0219/WP18**
7	Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Kultur E 49 für das Jahr 2025	**E 49.S/0223/WP18**
8	Erhöhung der Verbandsumlage des Region Aachen Zweckverbands für das Haushaltsjahr 2025	**FB 02/0419/WP18**
9	Haushaltsplanberatungen 2025	**FB 20/0334/WP18**
10	Bereitstellung von Räumlichkeiten für die Hugo-Junkers-Realschle in dem Gebäude Eintrachtstraße 3 - außerplanmäßige Mittelbereitstellung	**FB 45/0663/WP18**

Protokoll
Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Linden begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung, zu der wie immer form- und fristgerecht eingeladen worden sei. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest und weist darauf hin, dass zum öffentlichen Tagesordnungspunkt 4 (Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen) eine Tischvorlage der Verwaltung ausgeteilt worden sei.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses vom 03.12.2024: öffentlicher Teil
ungeändert beschlossen
FB 20/0335/WP18

Beschluss:

Der Finanzausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 03.12.2024 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 3 Mitteilungen und Berichte
zur Kenntnis genommen

Zu 3.1 Haushalt: Chancen und Risiken
zur Kenntnis genommen

Frau Grehling erklärt, dass aufgrund der anstehenden Haushaltsberatungen kein eigener Punkt für die Erläuterungen der Kämmerin zur Haushaltslage vorgesehen sei.
Zur Steuerlage führt sie aus, dass die Steuersollstellungen gut aussähen. Zum heutigen Tag sei ein Stand der Gewerbesteuer von 240 Mio. € erreicht. Der korrigierte Haushaltsansatz werde aller Voraussicht nach erreicht werden können.

Zu 3.2 Umsetzungsstand der im Finanzausschuss getroffenen Beschlüsse zur Kenntnis genommen

Hinsichtlich der im Finanzausschuss getroffenen Beschlüsse führt Frau Grehling aus, dass das Thema einer möglichen Verpackungssteuer in der heutigen Sitzung als Tischvorlage behandelt werde. Dabei handele es sich jedoch lediglich um eine reine Sachstandsmeldung.
Bezüglich der Investitionen und des Investitionscontrollings seien weitere Abstimmungen zwischen Dezernat II und dem Gebäudemanagement der Stadt geplant. Ziel dieser Investitionskonferenz sei es, Möglichkeiten auszuloten, wie das Controlling frühzeitig in den Planungsprozess von Baumaßnahmen eingebunden werden könne.
In Bezug auf das geplante Haus der Neugier führt Frau Grehling aus, dass am heutigen Tag der Kaufvertrag notariell unterschrieben worden sei. Die Anzeige bei der Aufsichtsbehörde sei ebenfalls auf den Weg gebracht worden.
Zudem gibt sie einen Ausblick auf ein Berechnungstool für Wirtschaftlichkeitsvergleiche investiver Baumaßnahmen der NRW.Bank. Dieses solle in einer zukünftigen Ausschusssitzung vorgestellt werden und ermögliche eine Abwägung von Alternativen im Bauplanungsprozess.

Ratsherr Pilgram stellt eine Frage zu der geplanten Investitionskonferenz zwischen der Kämmerei und dem Gebäudemanagement. Er erkundigt sich, was man sich genau darunter vorstellen könne.

Frau Grehling erläutert, es sei festgestellt worden, dass Abstimmungen im Planungsprozess frühzeitiger geschehen müssten. Umplanungen im laufenden Prozess seien oft schwer umzusetzen und teuer. Wichtige neue Projekte müssten frühzeitig abgestimmt, angepasst oder korrigiert werden können, um die sogenannte § 13-er Liste stringent bearbeiten zu können.
Die Planungsschritte zur Erreichung der Leistungsphase HOAI 3 sollen zukünftig enger begleitet werden. Vorhandene Potentiale in der Kommunikation sollten besser genutzt werden, um Bau- und Haushaltsplanung zu harmonisieren.

Ratsherr Baal fragt, ob dies zu einer Priorisierung von Baumaßnahmen führen werde. Dies habe er bereits öfter gefragt und angeregt.

Frau Grehling erklärt, eine engere und frühere Begleitung durch die Kämmerin würde aus ihrer Sicht eine Art natürliche Priorisierung in der Planung bringen. Zeitliche Schritte, Handlungsnotwendigkeiten und Abhängigkeiten könnten so besser abgestimmt werden. Sie weist zusätzlich darauf hin, dass die Verwaltung selbst keine Priorisierung von Maßnahmen vornehmen könne, da dies Aufgabe der Politik sei. Die Verwaltung könne lediglich Informationen und Daten zur Entscheidungsfindung an die Politik liefern.

Zu 4 Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen: Antrag zur Tagesordnung der Faktion Die Linke zur Kenntnis genommen
FB 22/0054/WP18

Ratsherr Deumens sagt die Vorlage sei leider erst kurzfristig in das Ratsinformationssystem eingestellt worden. Eine Erläuterung des Sachstands könne nichtsdestotrotz gegeben werden.
Aus seiner Sicht handele es sich um eine gute Vorlage, da sowohl positive, als auch negative Aspekte hervorgehoben würden. Sein Eindruck sei, dass eine positive Sichtweise auf dieses Thema in der Verwaltung vorherrschen würde. Diese Vorlage sei daher ein wichtiger Aufschlag für die politische Diskussion.

Ratsherr Szagunn findet, dass die Vorlage recht schnell erstellt worden sei, wenn man bedenke, dass der Antrag

hierzu erst vor wenigen Wochen gestellt worden sei.

Ratsherr Baal begrüßt die zeitnahe Informationslieferung. Es sei aus seiner Sicht nachvollziehbar, dass der Antrag hierzu zeitnah nach dem Rechtsentscheid zum selben Thema in Tübingen gekommen sei.
Die CDU-Fraktion wolle neue Einnahmequellen jedoch erst dann eröffnen, wenn das Aufwands- und Ertragsverhältnis positiv sei. In diesem Fall sei jedoch die erwartbare Belastung des Haushalts zu groß. Oftmals seien bei solchen neuen Vorhaben die Ausgaben sehr schnell fix, während die Einnahmen lange Zeit vage blieben. Eventuell ließe sich dieser Sachverhalt in der späteren Beratung im zweiten oder dritten Quartal dieses Jahres mit der Bettensteuer kombinieren. Die CDU-Fraktion sei jedenfalls nicht begeistert, da sie einen sechsstelligen Aufwand erwarte.

Frau Grehling schildert, dass die Transparenz und Effektivität einer Verpackungssteuer in Tübingen nachgefragt und geprüft worden seien. Auslegungen und Rechtsfragen seien in der Umsetzung nicht einfach zu behandeln. Eine grundlegende Erhöhung des Aufwands werde niemals von ihr als Kämmerin empfohlen werden. Sie wisse nicht, ob sich das Aufwands- und Ertragsverhältnis irgendwann einpendeln werde. Sie sehe praktische Komplikationen. Auch, da fiskalischer und umweltrelevanter Ertrag oftmals schwer gemeinsam zu erzielen seien. Ihre Empfehlung sei es daher, von Anderen zu lernen und den Lernprozess nicht zwingend selbst zu durchlaufen.

Frau Dr. Michulitz sagt, sie hielte es für schlauer abzuwarten, was andere Städte machen. Eine Verpackungssteuer sei sicher keine primäre Einnahmequelle für die Stadt, erscheine jedoch sinnvoll hinsichtlich der Förderung bewussten Einkaufens, der Sauberkeit in der Innenstadt und des Umweltschutzes.
Es sei sicher klug, diesen Sachverhalt mit der Bettensteuer gemeinsam zu beraten, da es mit der Dehoga einen einheitlichen Ansprechpartner gäbe.

Ratsherr Pilgram sagt, bei der Verpackungssteuer handele es sich um eine Lenkungssteuer. Die potentielle Steuer könne als Druckmittel genutzt werden, um Anreize zur Müllvermeidung zu geben. Die Steuer sei eine Alternative zu einem Fallmanagementsystem oder ähnlichen Lösungen.

Beschluss:
Der Finanzausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1 250131_TO-Antrag_FinA_Verbrauchssteuer_Einwegverpackungen

Zu 5 Wirtschaftsplan Eurogress Aachen 2025
zur Kenntnis genommen
E 88/0174/WP18

Ratsherr Szagunn erkundigt sich, weshalb der Betriebskostenzuschuss an den Eurogress trotz der Aufnahme des Neuen Kurhauses nicht relevant gestiegen sei.

Frau Grehling erklärt, dass dies seine Richtigkeit habe. Der Wirtschaftsplan sei umfassend abgestimmt worden und es gebe keine Zweifel an dessen Auskömmlichkeit. Gewisse Bewirtschaftungskosten, Vorlaufkosten, Abschreibungen und Folgekosten seien vorab berücksichtigt worden oder im Vorjahr bereits eingeplant gewesen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 6 Entwurf Wirtschaftsplan 2025 der Volkshochschule Aachen einschließlich mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2025 bis 2029
zur Kenntnis genommen
E 42/0219/WP18

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 7 Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Kultur E 49 für das Jahr 2025
vertagt
E 49.S/0223/WP18

Ratsherr Baal sagt, es sei aus seiner Sicht gekommen, wie vorher befürchtet. Bezüglich des Betriebskostenzuschusses gebe es erhebliche Probleme in der Kommunikation mit dem Kulturausschuss. Der allgemeine Zuschuss werde erhöht und nicht etwa die Zuschüsse für einzelne Projekte. Dies sei fachlich falsch. Die Ludwig-Stiftung habe zudem postalisch einen Hinweis auf womöglich nötige Teilschließungen in Folge der aktuellen Planung gegeben.
Seine Anregung sei daher, den Wirtschaftsplan heute nicht zur Kenntnis zu nehmen und die Beratungen im Betriebs- und Kulturausschuss nochmals aufzunehmen, um den Eindruck zu vermeiden, dass es dem Rat egal sei, was mit den Exponaten geschehe. Es sei daher leider nötig eine zusätzliche Beratungsrunde zu ziehen.

Ratsherr Pilgram stellt ebenfalls fest, dass kommunikative Probleme vorhanden seien. Eine Vertagung wegen Beratungsbedarfs wäre aus seiner Sicht sinnvoll. Es mache Sinn, dass der Fachausschuss nochmals tage, um die finanzielle Lücke entweder im Betrieb oder über den Haushalt zu schließen. Es müsse eine Lösung gefunden werden, die von allen Beteiligten getragen werde.

Frau Grehling erklärt, dass ein vom zuständigen Betriebsausschuss beschlossener Wirtschaftsplan vorliege. Diesen habe der Finanzausschuss entsprechend in die Veränderungsnachweisung eingestellt. Wenn nun weiterer Beratungsbedarf bestehe und die Beratung verschoben werden solle, sei dies natürlich kein Problem. Der Finanzausschuss befasse sich an dieser Stelle nur mit einer Empfehlung an den Rat. Sollten sich nun noch Änderungen ergeben, bräuchte die Verwaltung diese Informationen jedoch rechtzeitig, um diese noch vor der Ratssitzung und Haushaltsplaneinbringung einpflegen zu können.

Bürgermeisterin Dr. Schmeer betont, dass eine Sondersitzung vor der Ratssitzung nötig sei, um Änderungen übernehmen zu können.

Ratsherr Baal verweist erneut auf die von ihm geschilderte Problematik. Der Finanzausschuss sei absichtlich mit einer Kenntnisnahme zwischen den Beratungen des Betriebsausschusses und Stadtrats eingeschaltet worden, um eine weitere inhaltliche Diskussion zu ermöglichen. Ziel seines kritischen Hinweises sei gewesen, dem emp-

fehlenden Gremium zu ermöglichen sich erneut mit dem Thema auseinanderzusetzen. Dies können durch eine Rücküberweisung, Vertagung oder auf anderen Wegen geschehen. Der Vorsitzende des Betriebsausschusses sei mittlerweile informiert und werde sich dessen annehmen. Wichtig sei, dass in der Außendarstellung erkennbar werde, dass es nicht darum gehe, die Museen einzuschränken oder zu schließen. Der finanziell mögliche Rahmen müsse bei der Kulturgestaltung jedoch immer beachtet werden.

Der Ausschussvorsitzende Linden verweist auf die stattgefundene Diskussion und führt aus, dass keine weitere Abstimmung über die Kenntnisnahme erfolgen werde. Er schließt den Tagesordnungspunkt damit.

Beschluss:

Der Finanzausschuss vertagt die Abstimmung über den Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Kultur E 49 für das Jahr 2025 aufgrund weiteren Beratungsbedarfs.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung, dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Zu 8 Erhöhung der Verbandsumlage des Region Aachen Zweckverbands für das Haushaltsjahr 2025

ungeändert beschlossen
FB 02/0419/WP18

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen die Erhöhung der Verbandsumlage für den Zweckverband Region Aachen in Höhe von 4.800 Euro für das Haushaltsjahr 2025 zu beschließen. Diese Erhöhung wird vollständig für den erhöhten Mitgliedsbeitrag im EVTZ Euregio-Maas-Rhein aufgewendet

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 9 Haushaltsplanberatungen 2025

geändert beschlossen
FB 20/0334/WP18

Frau Grehling weist auf den Entscheidungsvorschlag der Verwaltung bezüglich einer Änderung der Zweckverbandsumlage des Wasserverbands Eifel-Rur (WVER) hin. Die Einbringung des Entscheidungsvorschlags sei nötig, um die Veränderung in die Veränderungsnachweisung zum Haushaltsplan aufnehmen zu können. Die Umlage sei in 2025 262.400€ höher als in der Vergangenheit. Diese Anpassung sei in der Vorlage dargestellt. Auf eine Fortschreibung in den Planjahren werde jedoch verzichtet, da keine weiteren Vorausleistungsbescheide seitens des Verbands vorlägen und der Betrag auf größere Einzelunterhaltungsmaßnahmen zurückzuführen sei. Weiterhin berichtet sie über einen Antrag aus dem Hauptausschuss, der vorsehe, eine Stelle mit einem Gesamtvolumen von 100.000€ für ein Jugendpartizipationsprojekt einzustellen. Im Wesentlichen gehe es hierbei um eine Eruierung und Bündelung vorhandener Projekte, sowie die daraus resultierende Entwicklung weiterer Jugendbe-

teiligungsmöglichkeiten und erste praktische Schritte in diese Richtung.
Zusätzlich gibt sie einen Hinweis zu dem Haushaltsansatz einer geplanten Reise einer städtischen Delegation in die Partnerstadt Kapstadt, welche ebenfalls im Hauptausschuss behandelt wurde. Dies sei im Finanzausschuss aber nicht weiter beratungsbedürftig.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Linden stellt eine Nachfrage hinsichtlich der Unterlagen zur Veränderungsnachweisung. Er erkundigt sich, ob die im Dokument rot eingefärbten Zeilen einzeln zur Abstimmung gestellt werden sollen.

Ratsherr Baal dankt der Verwaltung für die Erläuterungen. Er erläutert Punkte aus den Beratungen des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses zur Wohnungsbaugesellschaft und Entwicklung des Bushofs. Hier gebe es seiner Ansicht nach Fehler. In den Jahren 2025 und 2026 seien hier 1,5 Stellen eingeplant, jedoch ohne Sachmittel. Dies müsse korrigiert werden.

Frau Dr. Michulitz nimmt Bezug auf den ausgeteilten Beschlussvorschlag der Fraktionen GRÜNE und SPD und erläutert diesen.
Die unter dem ersten Absatz aufgeführten Maßnahmen seien von der Mehrheitsfraktion aus folgenden Gründen gewünscht:

- Weihnachtsbeleuchtung:

  Hierbei handele es sich um Gelder, um zukünftig die Beleuchtung rund um den Weihnachtsmarkt mit dem MAC aus einer Hand darstellen zu können.

- Einrichtung eines Fonds für den Programmbereich „Kultur, Geschichte, Politik“ der VHS – Kompensation Wegfall Förderprogramm Demokratie Leben:

  Dieser Antrag stehe analog zu einem diesbezüglichen Antrag der Fraktion DIE ZUKUNFT.

- Pop-up Maßnahmen zur Ertüchtigung des Alten Kurhaus:

  Hierbei handele es sich um kleine Maßnahmen, um Leerstand rund um die gegenüberliegende Baustelle für das Haus der Neugier zu vermeiden.

- Zuschuss Café Plattform (Caritas) (Erweiterung der Öffnungszeiten am Sonntag im Bereich der Odachlosenhilfe):

  Der Zuschuss für die Erweiterung der Öffnungszeiten am Sonntag im Bereich der Obdachlosenhilfe solle als einzelnes PSP-Element ausgewiesen werden und nicht auf dem allgemeinen Zuschuss-PSP-Element Café Plattform (Caritas), um eine getrennte Bewirtschaftung zu ermöglichen. Dies stelle nur eine haushaltsneutrale Verlagerung dar.

Ratsherr Deumens nimmt Bezug auf den zweiten Punkt des ersten Absatzes der grün-roten Vorschlagsliste. Die 50.000€ für die VHS müssten aus seiner Sicht explizit durch den Finanzausschuss bestätigt werden.

Frau Grehling erläutert in diesem Zusammenhang, es sei fraglich, ob die Projekte sich gegenseitig ersetzen oder zusätzlich geplant würden. Bei letzterem sei ein separater Beschluss notwendig.
Hinsichtlich der Weihnachtsbeleuchtung erkundigt sie sich, worum es explizit ginge.

Herr Casper erläutert, dass insbesondere die nicht zum offiziellen Weihnachtsmarkt gehörige Adalbertstraße ins Auge gefasst werden solle. Dort sei im letzten Jahr keine Beleuchtung gewesen.

Ratsherr Szagunn sagt, es gebe bei den Projekten kein Häppchen on top. Es ginge um eine Kompensation des weggefallenen Projekts „Demokratie leben“. Dieser Stand sei in der zweiten Veränderungsnachweisung enthalten.

Ratsherr Baal empfiehlt, den Beschluss zur Weihnachtsbeleuchtung nicht durch den Finanzausschuss zu treffen, da eine Definition der inhaltlichen Absicht fehle.
Er erklärt zudem, dass es nicht Aufgabe der Haushaltsberatungen sei, möglichst nah an die sogenannte 5%-Grenze zum Rücklagenverzehr der Gemeindeordnung zu kommen. Die Punkte der grün-roten Vorschlagsliste sollten seiner Meinung nach nicht in die Haushaltsplanung aufgenommen werden und ein vorheriger Sachantrag gestellt werden, um Konflikte zu vermeiden. Außerdem ergebe sich eine Beschlussproblematik aufgrund der Dauer der Ausschreibungen, die in die Zeit nach der Kommunalwahl und Bildung eines neuen Stadtrats reichten.
Gegen die Maßnahmen zum Café Plattform bestünden keine Bedenken.
Zum Projekt „Demokratie leben“ fehlten grundlegende Informationen, um eine Beurteilung zu ermöglichen. Insbesondere eine Aussage dazu, ob und wann das Projekt von der StädteRegion übernommen werde, sei ihm wichtig.
Bei den Pop-up Maßnahmen zur Ertüchtigung des Alten Kurhaus fehle aus seiner Sicht jeglicher inhaltliche Ansatz.
Der Haushaltsplan der Stadt sei kein Wunschkonzert, daher gebe es von seiner Fraktion keine Empfehlung dem Vorschlag zuzustimmen.

Ratsherr Pilgram beschreibt, dass das Thema der Innenstadtattraktivität angegangen werden müsse, daher sei auch ein Zuschuss oder Ähnliches für die Weihnachtsbeleuchtung sinnvoll. Eine Organisation der betroffenen Akteure sei wichtig und alle würden von einer Verschönerung der Adalbertstraße profitieren. Man müsse Möglichkeiten schaffen, um die Straße aufzuwerten.
Der seit über zehn Jahren im Alten Kurhaus befindliche Leerstand sei aus seiner Sicht ein Skandal. Das Projekt zum Haus der Neugier gehe jetzt nun langsam los. Die Baustelle würde viele Anlieger weiter belasten, weshalb eine sinnvolle Nutzung des Leerstands helfen könne das Viertel attraktiv zu machen. Dabei wären sicherlich viele Ansätze möglich. Daher seien Gelder nötig, um den aktuell nicht hinnehmbaren Zustand zu ändern. Es sei Aufgabe der Verwaltung eigene Immobilien, wie das Erdgeschoss des Alten Kurhaus, in Nutzung zu bringen.

Herr Auler erläutert, dass die Straßen rund um das Haus der Neugier bereits bewirtschaftet würden und über das Projekt Innenstadtmorgen gefördert seien. Er frage daher, was jetzt genau passieren solle und welche Kostenarten betroffen seien. Dies müsse vorab festgelegt werden, um Überschneidungen zu vermeiden.

Frau Grehling erklärt, dass es sich laut dem Beschlussvorschlag um konsumtive Leistungen handele. Sie gibt den Hinweis, dass Zwischennutzungen während der Bauphase für das Haus der Neugier durch Zuschüsse an die übernommene Gesellschaft geregelt seien.
Sie legt zudem Wert darauf, dass im Sitzungsprotokoll festgehalten wird, dass es keinerlei Auswirkungen des Antragspunkts „Weihnachtsbeleuchtung“ auf die Beleuchtung des Weihnachtsmarkts selbst gebe.
Dies wird von der Mehrheitsfraktion bejaht.

Ratsherr Deumens erklärt, dass es schwer sei Maßnahmen so zu beschreiben, dass jeder wisse, was damit gemeint sei. Das Schlagwort „Weihnachtsbeleuchtung“ sage an sich jedoch nicht viel Inhaltliches aus. Daher werde sich seine Fraktion hierbei enthalten. Punkt zwei bezüglich der Fondseinrichtung könne wegfallen, da dies bereits im Betriebsausschuss VHS beschlossen worden sei. Eine diesbezügliche weitere Frage werde er im nicht-öffentlichen Teil stellen.

Ratsherr Szagunn erläutert die Liste der Haushaltsforderungen der Fraktion DIE ZUKUNFT.
Antragspunkt Nummer zwei, die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens an die Aachener Stadionbeteiligungsgesellschaft zur Ertüchtigung des Trainingsplatzes Emmastraße werde gestellt, da die Maßnahme sonst nicht umsetzbar sei.
Der dritte Punkt bezüglich der Projektförderung „Demokratie leben“ werde aufgrund der vorangegangenen Diskussion zurückgezogen.
Der vierte Antragspunkt, die Förderung von Photovoltaikanlagen und kleiner Speicher für Wohnungen mit Wohnberechtigungsschein, könne bedürftigen Menschen helfen ihre Stromkosten zu reduzieren.
Die unter Punkt eins beantragte Erhöhung der Mittel des Verfügungsfonds ISEK Forst solle mehr Programme zur Förderung des Quartiers ermöglichen.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Linden fragt, ob es sich bei diesem Punkt zum Verfügungsfonds Forst um etwas anderes handele, als das, was bereits in der zweiten Veränderungsnachweisung zum Haushaltsplan ent-

halten sei.

Ratsherr Szagunn erklärt, dass es sich um etwas anderes handele.

Ratsherr Baal führt mehrere Argumente zu den dargestellten Antragspunkten an.
Hinsichtlich der Weihnachtsbeleuchtung führt er aus, dass diese an Stellen angebracht werden müsse, wo die festliche Straßenbeleuchtung nicht mehr wie früher sei oder besser sein müsste. Er plädiert dafür, diese Position mit einem Sperrvermerk zu versehen, um dies zukünftig klären zu können.
Das Projekt „Demokratie leben“ sei aus seiner Sicht eigentlich beendet gewesen, weshalb er an diesem Punkt inhaltliche Zweifel habe.
Hinsichtlich der Pop-up Maßnahmen zur Ertüchtigung des Alten Kurhaus fragt er, inwiefern dies in Einklang mit dem Beschluss des Kinder- und Jugendausschusses zu Maßnahmen im Haus der Neugier stehe.
Auch hier schlage er die Einrichtung eines Sperrvermerks vor, da inhaltlich nichts erkennbar sei.
Eine Begründung für die veranschlagte Summe von 50.000€ sei ebenfalls nicht gegeben. Es bestünde von Seiten der Mehrheitsfraktionen ein inflationärer Umgang mit Haushaltsmitteln, sodass der Haushalt der Stadt Aachen nun erkennbar auf Kante genäht sei.
Zu den Antragspunkten der Fraktion DIE ZUKUNFT sagt er, dass die Folgekosten der ASB-Trainingsplatzsanierung beachtet werden müssten. Die Frage nach der Nutzbarkeit des Platzes sei aber weiterhin ungeklärt. Die Fachverwaltung hätte sich hierzu im Planungsausschuss nicht äußern können.
Hinsichtlich PV-Anlagen habe es ein Förderprojekt der StädteRegion gegeben. Von Aachener Wohnungen seien hier keine Gelder abgerufen worden. Genauso wenig sei dies von der Wohnungsgesellschaft gewoge genutzt worden. Dass die Förderung von der Bevölkerung damit abgelehnt worden sei, zeige, dass diese nicht gewünscht oder nicht umsetzbar sei.

Frau Dr. Michulitz äußert sich zu den Haushaltsforderungen der Fraktion DIE ZUKUNFT.
Hinsichtlich der Erhöhung des Verfügungsfonds ISEK Forst zeige sie sich zögerlich 60.000€ in den Haushalt einzustellen.
Die Sanierung des ASB-Trainingsplatzes sei ausreichend im Fachausschuss beraten worden. Dieser Ansatz solle daher eingestellt werden.
Zur Förderung von PV-Anlagen sei es aus ihrer Sicht ebenfalls fragwürdig, ob dafür so viel Geld (300.000€) eingestellt werden sollte.

Frau Grehling erklärt bezüglich des Trainingsplatzes Emmastraße, dass es eine faktische Finanzierungslücke gebe, die zu schließen sei. Weiterhin seien vertragliche und bauordnungsrechtliche Fragen offen. Grundsätzlich bestünden von ihrer Seite aber keine Bedenken, dass diese rechtlichen Fragen zu klären seien.

Ratsherr Deumens führt aus, dass er PV-Anlagen für eine gute Sache halte, die weiterverfolgt werden sollte. Den Antrag zur Ertüchtigung des Trainingsplatzes könne er nicht bewerten, daher werde er dagegen stimmen.
Das Projekt „Demokratie leben“ sei aus seiner Sicht ebenfalls abgeschlossen und erledigt.
Bezüglich des Verfügungsfonds ISEK Forst sei in mehrfacher Beratung der Lenkungsgruppen nicht erkennbar geworden, dass mehr Gelder nötig seien. Daher werde er auch hier nicht zustimmen.

Ratsherr Szagunn antwortet hinsichtlich der PV-Anlagen, dass es sich dabei um sinnvolle Maßnahmen handele, unabhängig davon, ob es durch die gewoge genutzt wurde.
Hinsichtlich des Verfügungsfonds schildert er, dass der Stadtteil Forst mehr Aufmerksamkeit verdient habe, bis das ISEK starten könne. Daher spreche er sich weiterhin dafür aus.
Der Vertragsstand rund um den Trainingsplatz der ASB sei ihm nicht bekannt.

Frau Grehling erklärt bezüglich der Mittel für PV-Anlagen, dass die Voraussetzungen für einen Mittelabfluss bislang nicht erfüllt gewesen seien. Es tue bei investiven Mitteln sicherlich weniger weh, wenn diese nicht abflössen, als bei konsumtiven. Dennoch sollten auch diese nur eingestellt werden, wenn diese auch realistischerweise abfließen könnten.

Herr Auler weist hinsichtlich ISEK Forst verstärkend darauf hin, dass bislang kein Mehrbedarf angemeldet worden sei. Die Mittel seien immer auskömmlich gewesen. Es sei aber möglich, bei Notwendigkeit, Mittel aus dem Projekt „Forst Zwischenzeit“ zu verlagern. Dies sei besser als Mittel ohne Anforderung und auf Verdacht in den

Haushalt einzustellen.

Ratsherr Pilgram sagt, dass seine Fraktion dem Antrag zu ISEK Forst nicht zustimmen werde.
Das Gesellschafterdarlehen an die ASB werde hingegen mitgetragen.
Das Projekt „Demokratie leben“ habe sich auch aus seiner Sicht erledigt, daher werde diesem Antrag nicht zugestimmt.
Der Antrag zu PV-Anlagen komme auch für ihn aus heiterem Himmel und beinhalte kein erkennbares Konzept. Daher könnte diesem nicht zugestimmt werden.
Er dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit und gezeigte Präsenz in den Ausschusssitzungen.
Es gebe ein gutes Arbeitsergebnis und einen perspektivisch soliden Haushalt. Insgesamt sei es ein guter Haushalt. Man gebe insgesamt circa 1,3 Milliarden Euro aus und das sei auch notwendig, um die Transformation und Zukunft der Stadt sicherzustellen.
Der beantragte Geldbetrag für die Ertüchtigung des Alten Kurhaus sei natürlich ein wenig aus der Luft gegriffen, da die Kosten hierfür durch die Fraktionen nicht kalkulierbar seien. Ein Haushalt müsse auch Chancen eröffnen und genau dafür sei dieser Betrag gedacht.

Frau Grehling stellt klar, dass der Haushalt zwar genehmigungsfähig sei, aber sie nicht von Solidität sprechen könne. Sie habe Bedenken, beispielsweise im Hinblick auf das Thema der Streiks im öffentlichen Dienst, dass gewisse Eckpunkte schwierig werden könnten. Die Mittelfristplanung müsse bei einer signifikanten Verschiebung mit der Kommunalaufsicht abgestimmt werden. Daher müsse alles geprüft werden, um eine realistische Planung sicherzustellen. Vor Mitte April sei nicht mit einer Genehmigung durch die Bezirksregierung zu rechnen.

Ratsherr Baal erläutert, dass für das Jahr 2025 ein Haushaltsdefizit von 75 Mio. € geplant sei. Die Stadt könne in diesem Zusammenhang nur aufgrund von Überschüssen aus der Vergangenheit überleben. Es müsste festgestellt werden, dass die Stadt sich in einer strukturellen Problemsituation befände, in der nichts anderes mehr geschehen dürfe.
Daher sei er verärgert über die nachgeschobenen Fachanträge, die aus seiner Sicht nicht notwendig seien. In einem lebendigen Haushalt sei genug Flexibilität möglich, um unterjährig auf solche Aspekte zu reagieren. Er betont, dass es aus seiner Sicht fünf vor zwölf sei. Die aktuelle Ratsmehrheit hinterlasse einen Scherbenhaufen für den neu gewählten Stadtrat. Mit der aktuellen Planung würden Risiken eingegangen, die der kommende Rat kaum ausgleichen könne. Die Konsequenz dessen sei, dass dann möglicherweise nicht über die Realisierbarkeit einzelner Projekte gesprochen werden müsse, sondern alle nicht pflichtigen und vertraglich gebundenen Positionen zur Vakanz stünden.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Linden bestätigt, dass sicherlich strukturell an den Haushalt herangegangen werden müsse. Dies sei auch bereits begonnen worden und dieser Verantwortung sei sich der Ausschuss bewusst.

Folgende Einzelabstimmungen wurden gefasst:

Aufnahme in die zweite Veränderungsnachweisung:

Gemäß Vorlage zur 2. Veränderungsnachweisung:
- BA VHS – Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren
- BV Kornelimünster/Walheim – Sanierung der Kalköfen „Am Wolfspfad“ und „Freizeitgelände Walheim“
- BV Kornelimünster/Walheim – Herstellung Dorfplatz Friesenrath
  ➔ Alle Punkte einstimmig angenommen

Gemäß Entscheidungsvorschlag der Verwaltung zur Änderung der 2. Veränderungsnachweisung:
- Erhöhung Zwecksverbandsumlage PSP-Element 1-130105-900-1
  ➔ Einstimmig angenommen

Fraktionsvorschläge:

- Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung von Sperrvermerken bei den nachfolgend beratenen Punkten
  ➔ Im Beratungsverlauf mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschläge der Fraktionen GRÜNE & SPD:

Absatz 1:

- Weihnachtsbeleuchtung:
  - ➔ Mehrheitlich angenommen unter Enthaltung der Fraktionen CDU, FDP & Linke
  - ➔ Ablehnung eines Sperrvermerks mit 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen
- VHS Einrichtung Fonds für Projekt Demokratie leben: Antrag zurückgezogen
- Pop-up Maßnahmen im Alten Kurhaus: mehrheitlich angenommen bei 5 Nein-Stimmen
- Antragspunkte zum Café Plattform: Einstimmig angenommen

Absatz 2:

- Verschiebung der Abstimmung in den nicht-öffentlichen Teil

Beschlussvorschläge der Fraktion DIE ZUKUNFT:

- Verfügungsfonds ISEK Forst: Mehrheitlich abgelehnt, 1 Ja-Stimme
- Darlehen ASB Ertüchtigung Sportplatz Emmastraße: Mehrheitlich angenommen, 6 Nein-Stimmen
- Projektförderung Demokratie leben: Antrag zurückgezogen
- PV-Anlagen und Speicher: Mehrheitlich abgelehnt, 2 Ja-Stimmen

Gesammelter Beschluss zur Haushaltsplanberatung:

- ➔ Mehrheitlich angenommen unter Berücksichtigung der vorgenannten Abstimmungen (7 Nein-Stimmen, 8 Ja-Stimmen)

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen die Haushaltssatzung 2025 unter Einbeziehung

1. der Veränderungsnachweisungen zum Ergebnisplan, des konsumtiven Finanzplans, des Investitionsplans, der investiven Verpflichtungsermächtigungen, der Produktblätter und der § 13-Liste zum Haushaltsplanentwurf 2025
2. der in der Sitzung beschlossenen Einzelveränderungen
3. der haushaltsneutralen Verlagerung der Abschreibungs-/Sonderposten- und Personalkostenaufteilung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 7 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen

Zu 10 Bereitstellung von Räumlichkeiten für die Hugo-Junkers-Realschle in dem Gebäude Eintrachtstraße 3 - außerplanmäßige Mittelbereitstellung
ungeändert beschlossen
FB 45/0663/WP18

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen gemäß § 83 GO NRW die Bereitstellung der im Rahmen der Finanzplanung des Haushalts 2025 für die bauliche Maßnahme Hugo-Junkers-Realschule (Eintrachtstraße 3) außerplanmäßig benötigten finanziellen Mittel in Höhe von 98.000 € - gedeckt aus dem PSP-Element 5-030104-900-00100-991-3 „Baul. Maßn. für G9“ - bei einem neu einzurichtenden PSP-Element bei Produkt 030103 zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Boris Linden
Ausschussvorsitzender

Felix Born
Schriftführer

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin